

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 71 (1977)
Heft: 10

Artikel: Rhodesien seit Cecil Rhodes : Teil II
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142691>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

er immer gleichzeitig auch ein Loblied auf die freie Marktwirtschaft und die Multinationalen, die Young als Protagonisten des Fortschritts in der Dritten Welt sieht.

Carter hat als Kandidat Hoffnungen auf Veränderungen geweckt und dank einer raffinierten Propagandamaschine ein «populistisches Image» geschaffen. Mit dem Eindruck, er sei etwas grundsätzlich Anderes, hat er viele frühere «Oppositionelle», vor allem aus Konsumenten- und Umweltschutzgruppen anzuziehen und sie damit aber auch zu entwaffnen vermocht. Die Konservativen, die aus Angst vor einem vermeintlich progressiven Präsidenten und demokratisch dominierten Kongreß sich frühzeitig gesammelt hatten, sind heute besser organisiert als die fortschrittlicheren Kräfte, die auf Jimmy gesetzt, aber, wie sie erst langsam erkennen, verloren haben.

Carter setzt mit einem andern Stil aber mit einer wenig veränderten Infrastruktur nur den Vierjahreszyklus in Amerikas Geschichte fort. Er provoziert unter den Millionen von Schwarzen und armen Weißen, die auf Veränderungen gehofft haben, erneut Enttäuschung und Erstaunen, warum Wahlen keine grundsätzliche Aenderung der Politik bewirken. Vielleicht erinnern sich einige an die Aussage Carters im Mai 1974, als er noch im Anfangsstadium seiner Wahlkampagne als «Populist» erklärte: «Im allgemeinen bestimmen die Mächtigen und Einflußreichen unserer Gesellschaft die Gesetzgebung. Das behindert den Wandel, weil sich die Mächtigen bereits eine privilegierte Stellung in der Gesellschaft erobert haben, sei es mit ihrem Reichtum, dank ihrer sozialen Position oder dank ihrer besseren Ausbildung und Chance für die Zukunft.»*

Roman Berger

* Roman Berger rührt mit seinem «Brief aus Washington» an die Ueberlegungen und Hoffnungen vieler Menschen. Ob uneter Umständen letzte Entscheidungen Carter auf einen Durchbruch stoßen, wenn er nicht nur «betet», sondern auch schafft, das heißt der «Stimme» gehorcht, die zum «Wandel» ruft? D. Red.

Rhodesien seit Cecil Rhodes

II.

Die Ausführungen über Rhodesien im letzten Heft der «Neuen Wege» haben in Kürze darzustellen versucht, warum und wie sich die Konfliktsituation zwischen Schwarz und Weiß vertieft und ausgeweitet hat. Die seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung, 1965, nicht abreißen, stets gescheiterten Schlichtungsverhandlungen hatten insofern einen Sinn, daß die Positionen der Verhandlungspartner klar umrissen wurden, daß der rhodesische Premierminister Ian Smith minde-

stens verbal zu gewissen Zugeständnissen gezwungen wurde und daß die zerstrittenen schwarzen Führer sich auf gemeinsames Vorgehen festlegen mußten.

Der zunehmende Guerillakrieg und die Vorstöße der rhodesischen Armee in schwarze Nachbarstaaten, die die Sache des schwarzen Befreiungskampfes uneingeschränkt unterstützen, könnte in nicht allzu ferner Zukunft zum totalen Krieg führen. Eine aktive Teilnahme am Krieg wäre für die sogenannten Frontstaaten (Moçambique, Sambia, Tansania, Botswana, Angola) — vor allem wirtschaftlich — schwer zu verkraften. Die Staatschefs Julius Nyerere von Tansania und Kenneth Kaunda von Sambia haben immer wieder betont, daß sie eine annehmbare, gerechte politische Lösung für Rhodesien begrüßen würden.

Im Frühling 1975 kam es auf intensives Bemühen des sambischen Präsidenten in Lusaka, der Hauptstadt Sambias, zu einer Zusammenkunft zwischen Smith und den schwarzen Führern. (Inhaftierte schwarze Nationalisten erhielten Gefangenenerlaubnis, um teilnehmen zu können). Verhandlungsthemen waren: Möglichkeiten eines Abbruchs des Guerillakampfes (Smiths vordringlichste Forderung) und des Wegs zu einer baldigen Verfassungskonferenz. Der Waffenstillstand kam nicht zustande. Smith lehnte den von den schwarzen Führern ausgearbeiteten Plan ab, in welchem Aufhebung aller ausgesprochenen Todesurteile für politische Gefangene, Aufhebung des Notstandes, Zulassung freier politischer Aktivitäten gefordert wurde.

Nach ein paar Monaten erklärte Smith ganz überraschend seine Bereitschaft für eine Verfassungskonferenz. In einem südafrikanischen Luxussalonwagen im staatsrechtlichen Niemandsland auf einer Brücke über den Viktoriafällen des Sambesi (wegen der auseinandergehenden Meinungen über den Standort der Konferenz) trafen sich im Sommer 1975 die weißen und schwarzen Delegationen. Smith erklärte nach den ersten Gesprächsrunden vor seiner Rückkehr nach Salisbury, er werde nötigenfalls zur Unterzeichnung eines Abkommens zurückkommen. Vor dem rhodesischen Parlament hingegen erklärte der doppelzüngige Premier die Konferenz als gescheitert. Als Grund gab er an, es sei für ihn unannehmbar, die exilierten schwarzen Nationalisten, das heißt Terroristen, vergleichbar mit dem «Schwarzen September», ins Verhandlungsteam einzuschließen, wie gefordert wurde. Wieder war damit eine Chance für eine friedliche Lösung verpaßt worden.

Bald darauf kam es in der schwarzen Einheitsfront des «Afrikanischen Nationalrats (ANC), der unter der Führung Bischof Muzorewas stand, zu einer Spaltung, in deren Verlauf sich in Salisbury ein Nkombo-Flügel abspaltete. Der schlaue Smith, der immer auf

dem Platz war, Zwistigkeiten unter den Schwarzen für seine Zwecke auszunützen, fand in Nkomo ein neues Verhandlungsoffer. Nkomo, ehemaliger Generalsekretär des Rhodesischen Eisenbahnerangestellten-Verbandes und Laienprediger, dem nachgesagt wird, er besitze von Natur aus eine nie ausgehende Geduld und großen Humor, glaubte offensichtlich aufgrund seiner großen Anhängerschaft in der afrikanischen Bevölkerung — insbesondere auch in ländlichen Gebieten — und seiner zehnjährigen Inhaftierung, er sei der am besten geeignete Mann, mit Smith zurechtzukommen. Er täuschte sich. Die monatelang sich hinziehenden Absprachen (Zeitgewinn für Smith) verliefen im Sand. Der geduldige Joshua Nkomo ist nach und nach zur Ueberzeugung gelangt, daß ohne bewaffneten Kampf keine Lösung zu erreichen sei.

Im März 1976 zeichnete sich ein gemeinsames Vorgehen Großbritannien—USA ab. Der damalige britische Außenminister Callaghan (jetziger Premierminister) forderte Ian Smith direkt auf, innerhalb von zwei Jahren — nach Abhaltung von Wahlen — die Regierungsgewalt an die schwarze Mehrheit zu übergeben. Zur gleichen Zeit sprach sich der amerikanische Außenminister Henry Kissinger in einer Rede in Dallas für einen raschen Wandel zur Beendigung der weißen Minderheitsherrschaft in Rhodesien aus und William Schaufele, der Leiter der Afrikaabteilung im Außenministerium, erklärte, er befürworte Hilfe an Moçambique, Sambia und Tansania. Hier sei vermerkt, daß Washington das Regime Smith nie als legal anerkannt hat, was jedoch den Senat nicht daran hinderte, das Embargo gegen Rhodesien durch einen Beschluß zum Kauf von Chrom und Nickel zu durchbrechen.

Der nächste Vorstoß der USA war Henry Kissingers Blitzreise im südlichen Afrika, wo er Ian Smith, dem südafrikanischen Premier Vorster, den Regierungschefs der «Frontstaaten» die britisch-amerikanischen «Friedenspläne» unterbreitete. Ueberraschend gab Smith am 24. September 1976 die Erklärung ab, die schwarze Mehrheitsregierung (damals 270 000 Weiße, 6,3 Millionen Schwarze) innerhalb von zwei Jahren zu akzeptieren und binnen zwei Monaten eine Verfassungskonferenz einzuberufen. Smith mußte sich auf Druck von Kissinger und Vorster, ob er wollte oder nicht, grundsätzlich mit einer schwarzen Regierung abfinden. Es ist anzunehmen, daß Kissinger und Smith in ihrem siebenstündigen Gespräch sich über eine zukünftige für die Weißen akzeptable schwarze Regierung einigten. Bald wurde deutlich, daß für Smith nur eine gemäßigte, eine für den Westen offene, nicht sozialistisch orientierte schwarze Regierung in Frage kam. In der Folge berief sich Smith wiederholt auf den «Kissinger Plan» und sagte u. a.: «Kissinger

hat mir versichert, daß wir ein gemeinsames Ziel haben, nämlich Rhodesien für die freie Welt zu erhalten und die kommunistische Durchdringung vom Land abzuwenden».

Das Zugeständnis zur schwarzen Mehrheitsregierung ist vielerorts, insbesondere bei den Schwarzafrikanern, die den listigen, zu jeder Kehrtwendung fähigen Smith zur Genüge kennen gelernt hatten, mit Skepsis aufgenommen worden. Die bösen Vorahnungen sollten sich bald bewahrheiten, nämlich auf der gegen Ende des Jahres unter dem Vorsitz des britischen UNO-Botschafters Ivor Richard einberufenen Genfer Rhodesienkonferenz. In Genf machten die vier schwarz-rhodesischen Delegationen von Mugabe (ZANU), Nkomo (ZAPU), Bischof Muzorewa (ANC) und dem Methodistenpfarrer Sit-hole, (populär geworden durch sein Buch «African Nationalism») detaillierte Vorschläge für die Bildung einer gemischtrassigen Uebergangsbregierung. Ein heißes Eisen in den Verhandlungen war die Umwandlung der schwarzen Guerillatruppen in eine «Nationale Armee» unter Einverleibung der weißen rhodesischen Armee. Smith beharrte auf der alleinigen weißen Kontrolle über Armee und Polizei während einer zweijährigen Uebergangsphase. Ivor Richard hatte in Zusammenarbeit mit den USA, der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit), den Frontstaaten und den Vertretern der Befreiungsbewegungen einen Plan für eine Mehrheitsregierung innert 14 Monaten ausgearbeitet. In dieser Uebergangszeit sollte ein britischer Hochkommissar und ein Ministerrat von 20 Schwarzen und 10 Weißen (5 aus der Regierung Smith) regieren und eine neue Verfassung ausarbeiten. Smith hatte andere Pläne in petto.

Am 17. Januar 1977 erklärte Smith, seine Regierung sei an einer Fortsetzung der Rhodesienkonferenz nicht mehr interessiert. Er halte sich an die im Sommer mit Kissinger ausgearbeitete Vereinbarung; diese sah während einer zweijährigen Uebergangszeit ein politisches und militärisches Uebergewicht für die Weißen vor und die Aufhebung der Sanktionen. Smith nannte Ivor Richard einen ehemaligen Kommunisten, der den schwarzafrikanischen Staaten hörig sei. Im übrigen ließ die rhodesische Regierung vernehmen, in Zukunft lehne sie jede Vermittlertätigkeit Großbritanniens ab.

Anlaß zum Abbruch der Konferenz war für Smith auch der am 10. Januar 1977 in Maputo, der Hauptstadt von Moçambique, gefällte Entschluß der fünf afrikanischen Frontstaaten, von nun an nur noch die den militanten schwarzen Führern Robert Mugabe und Joshua Nkomo unterstellte «Patriotische Front» finanziell und diplomatisch zu unterstützen. Die «Patriotische Front» ist ein Zusammenschluß zwischen ZANU und ANC-ZAPU, der aus taktischen Ueberlegungen heraus vor der Genferkonferenz gegründet wurde. Der tan-

sanische Präsident Julius Nyerere begründete die Unterstützung damit, daß es die Guerillakämpfer seien, die ein zukünftiges unabhängiges Zimbabwe unter einer Mehrheitsregierung garantieren. Robert Mugabe erklärte nach dem Abbruch der Genfer Konferenz: «Smith ist militärisch noch nicht genügend geschlagen, um auf Verhandlungen mit uns einzugehen. So werden wir den bewaffneten Kampf intensivieren.»

Der neue Plan, den Smith bereithielt, sollte eine sogenannte «interne Lösung», ein Arrangement zwischen Schwarz und Weiß schaffen. Durch Volksentscheid sollte ein schwarzer Premierminister ermittelt werden (Muzorewa schien genehm). Um den Weg zu einer «gemäßigten» Uebergangsregierung zu ebnen, kündigte Smith eine Verfassungsänderung zur Entschärfung einer Reihe von Rassengesetzen an, unter ihnen das Landverteilungsgesetz von 1970 das, wie es in der Präambel des Gesetzes heißt, der weißen Bevölkerung für ewige Zeiten 50 Prozent des Bodens zugesteht. Das rhodesische Parlament in Salisbury nahm mit der knappsten erforderlichen Zweidrittelsmehrheit die von Ian Smith eingebrachte Vorlage an. 12 der 50 weißen Parlamentsabgeordneten stimmten nein, darunter der einflußreiche Staatssekretär Ted Sutton-Pryce, der zusammen mit einem früheren Kabinettsminister seinen Rücktritt einreichte. Die Debatte zeigte eine tief gespaltene Regierungspartei.

Auf die schwarze Bevölkerung machte der vorgesehene Abbau der Rassendiskriminierung kaum Eindruck, denn das Vorrecht der Weißen auf separate Wohngebiete, auf eigene Schulen und Spitäler sollte nicht angetastet werden; auch das Acker- und Weideland der armen Landbevölkerung würde nicht vergrößert werden.

Inzwischen ging die blutige Auseinandersetzung zwischen der «Patriotischen Front» und den rhodesischen Truppen weiter. Die Guerrillas infiltrierten mit wachsendem Erfolg in die dicht besiedelten schwarzen Stammesgebiete, wo sie offensichtlich die volle Unterstützung der Einheimischen fanden. Seither müssen die Patrouillen der Armee und Polizei überall mit den auf Zufahrtsstraßen gelegten Landminen rechnen und Farmer im weißen Gebiet mit nächtlichen Ueberfällen. Alle Repressalien der Sicherheitskräfte den Ansässigen gegenüber haben bis heute nicht vermocht, die wachsende Infiltration der überall operierenden Partisanen zu verhindern.

Zu den Gegenmaßnahmen der Regierung gehört seit langem die zwangsweise Umsiedlung ganzer schwarzer Bevölkerungsgruppen der Grenzgebiete (laut «Observer» eine Million) in sogenannte «Wehrdörfer», was zu einem in die Zehntausende gehenden Flüchtlingsstrom in die benachbarten schwarzen Länder führte. Des weiteren hat sich die perfekt ausgerüstete rhodesische Armee (Luftwaffe, Air-

Force-Basen) auf U e b e r f ä l l e in Moçambique verlegt, angeblich um Guerilla-Ausbildungslager aufzuspüren, wobei vor allem Zivilisten getötet werden. Hier sei an den ruchlosen Ueberfall in Moçambique, ausgeführt von der berühmten Sondertruppe der rhodesischen Armee, der Selous Scouts, erinnert, die am 16. August 1976 in N y a z o n i a, einem Lager für rhodesische Flüchtlinge, achthundert unbewaffnete Menschen, Frauen und Kinder blindlings ermordeten. In Ueberraschungsangriffen haben die rhodesischen Truppen diesen Frühling verschiedene Kleinstädte in Moçambique total zerstört. Nach der kürzlich erfolgten Besetzung von Mapai haben Kurt Waldheim, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, sowie London und Washington der rhodesischen Regierung eine scharfe Protestnote überreicht und sie aufgefordert, ihre Truppen sofort aus Mapai zurückzuziehen, was dann tatsächlich geschah. Hier und dort wird die Vermutung laut, Smith bezwecke mit diesen aggressiven Aktionen die Regierung von Moçambique dazu zu bringen, fremde Hilfe ins Land zu holen (etwa die Kubaner) und daß dann in einem solchen «Notfall» Rhodesien aktive westliche Hilfe erhalte. In «Le Nouvel Observateur» (6. Juni 1977) ist zu lesen, daß diese Einfälle in Moçambique die Moral der rhodesischen Truppen und der vom eskalierenden Guerillakrieg zermürbten Rhodesier wieder aufrichten sollen.

Nachdem sich in der Regierungspartei der «Rhodesischen Front» 12 rechtsextreme Parlamentarier abgespalten und eine Partei, die «Rhodesische Aktionspartei» gebildet hatten, konnte Smith nicht mehr auf die nötige Zweidrittelmehrheit für die geplante Verfassungsänderung zählen. So löste er kurzerhand das Parlament auf und ordnete auf den 31. August 1977 N e u w a h l e n an. Mit diesem unerwarteten Schachzug hat der gerissene Taktiker Smith richtig kalkuliert. Die von Smith geführte «Rhodesische Front» hat bei den Wahlen alle den Weißen vorbehaltenen 50 Parlamentssitze gewonnen. Damit waren die Rechts-extremen, die ihre vorherigen Sitze verloren, ausgeschaltet. Smith hatte jetzt grünes Licht für die Verwirklichung seiner «internen Lösung», unter Ausschluß der militanten «Patriotischen Front» und in Zusammenarbeit mit gemäßigten Nationalisten wie Muzorewa, Sithole oder dem kürzlich aus dem 14jährigen Exil zurückgekehrten Guerillakämpfer Schikeriema.

Der spektakuläre Wahlsieg für Smith weist bei näherem Zusehen einen nicht zu übersehenden Schönheitsfehler auf: Smith ist nur von einer sehr kleinen Minderheit der Bevölkerung bestätigt worden. In Rhodesien ist das Wahlrecht abhängig von verschiedenen Faktoren wie Vermögen, Einkommen, Bildungsgrad. So sind weniger als ein Drittel der Weißen wahlberechtigt. Die weiße Bevölkerung ist infolge der stetigen monatlichen Abwanderung von 1 500 Personen von

270 000 auf rund 250 000 abgesunken. An den diesjährigen Parlamentswahlen waren rund 80 000 Weiße und knapp 7 500 Schwarze (0,3 Prozent von 6 Millionen) in den Wahlregistern eingetragen. Offensichtlich stimmten die Weißen geschlossen für Ian Smith weil sie glauben, ihr Premier könne ihnen die Herrschaft im Lande und damit ihre übergroßen sozialen Privilegien sichern. Nach einem Leitartikel des «Rhodesian Herald» zu schließen, wußten die weißen Wähler nicht, was ihr Regierungschef mit seiner «internen Lösung», für die sie stimmten, im Schilde hat; da war zu lesen: «Wäre es nicht schön, wenn jemand uns sagte, wofür wir stimmen».

Vor und während der erwähnten Vorgänge in Rhodesien entwickelten Großbritannien und die USA in den letzten Monaten eine intensive diplomatisch-politische Betriebsamkeit. Nach außen sichtbar durch den öffentlichen Empfang des tansanischen Regierungschefs Julius Nyerere in Washington vom amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter sowie Gesprächen zwischen dem jungen, energischen britischen Außenminister Dr. David Owen (früher praktizierender Nervenarzt in London) und seinem amerikanischen Amtskollegen, Staatssekretär Cyrus Vance. Auf zwei Blitzreisen im südlichen Afrika — einmal begleitet vom amerikanischen UN-Botschafter Andrew Young — führte David Owen Sondergespräche mit dem südafrikanischen Premier Vorster, mit Ian Smith, mit den Staatschefs der Frontstaaten und den schwarzen Nationalistenführern.

Der britisch-amerikanische Lösungsvorschlag zum Rhodesienkonflikt wurde in einem 24seitigen Weißbuch in London, Washington und Salisbury veröffentlicht. Die wichtigsten Punkte sind: Rücktritt von Premierminister Ian Smith; ein britischer Administrator organisiert den Uebergang zur Mehrheitsregierung und freie Wahlen nach dem Prinzip «ein Mann, eine Stimme»; eine unabhängige Friedenstruppe der UNO sorgt während der Uebergangszeit für Frieden und Ordnung; alle in Rhodesien operierenden Streitkräfte sind vorläufig bis eine nationale Armee geschaffen ist, dem britischen Generalgouverneur unterstellt; ein Entwicklungsfond in der Höhe von einer bis anderthalb Millionen Dollar soll den Wiederaufbau des Landes beschleunigen; Rhodesien soll noch 1978 unabhängig werden.

Ian Smith bezeichnete den Plan nach seiner Veröffentlichung als eine «zynische Zumutung»; doch bald gab er sich konzilianter. In einer öffentlichen Erklärung sagte er, man müsse vorerst abwarten, ob die westlichen Vorschläge «Fortschritte erzielen könnten oder nicht.» Gewiß spekuliert der alle Möglichkeiten für seine Pläne ausschöpfende Smith darauf, daß in Großbritannien die Konservativen die nächsten Wahlen gewinnen könnten, was sich für die Position der Weißen in Rhodesien günstig auswirken würde; die britische Oppositionsführerin

Mrs Marguerit Thatcher hat bei ihrem kürzlichen Besuch in Washington den britischen Rhodesienplan scharf kritisiert — zum großen Aerger der Labour-Regierung.

Die Hoffnung des schlaunen Smith, daß die britisch-amerikanische Initiative ohnehin am schwarzen Widerstand der «Patriotischen Front» und der sie unterstützenden Frontstaaten scheitern werde, hat sich nicht erfüllt. Beide haben erklärt, daß sie die britisch-amerikanischen Vorschläge als eine «mögliche Basis für Verhandlungen» akzeptieren. Um Smith unter vermehrten Druck zu setzen, wird der Befreiungskampf unvermindert fortgesetzt. Der von Ian Smith als Gesprächspartner abgelehnte militante Guerillaführer Robert Mugabe rückte innerhalb der «ZANU» an die oberste Führungsspitze vor. Offensichtlich genießt Mugabe dank seiner politischen und militärischen Führungsqualitäten volles Vertrauen bei den Befreiungskämpfern. Robert Mugabe wurde in einer katholischen Missionsschule zum Lehrer ausgebildet, studierte Jurisprudenz an der Fort Hare Universität, der Ausbildungsstätte der bekannten schwarzen Politiker Mandela, Robert Sobukwe und anderer. Während seiner zehnjährigen Haftzeit hat Mugabe seine Studien auf dem Korrespondenzweg abgeschlossen.

Beim Abschluß dieser Ausführungen (Anfangs Oktober) ist festzustellen, daß sich der Druck von außen auf die Smith-Regierung verstärkt hat. Auf einen von der USA unterstützten Antrag Großbritanniens hat der Sicherheitsrat der UNO mit 13 Ja-Stimmen, bei Stimmenthaltung der Sowjetunion und Chinas, eine Resolution angenommen, in der UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim aufgefordert wird, einen UNO-Beauftragten nach Rhodesien zu entsenden, um mit allen am Konflikt beteiligten Parteien die Uebergabe der Macht an die schwarze Mehrheit im zukünftigen Zimbabwe in die Wege zu leiten. Nächstens sollen auf Einladung von Ian Smith Gespräche in Salisbury mit dem von London ernannten residierenden Kommissar Feldmarschall Carver und dem zukünftigen UNO-Delegierten stattfinden. Der schwierigste Punkt wird wohl die politische Lösung in der Frage der «neuen Zimbabwe Armee» sein. Das Rätselraten wie sich die UNO-Intervention auswirken wird, ist im Gang. Vorauszusehen ist, daß sich die schwarze Guerillafront die Unabhängigkeit Zimbabwes nicht von außen diktieren läßt.

Helen Kremos

Die westliche Welt hat in Afrika eine letzte Möglichkeit, zu beweisen, daß ihre Ideale grundsätzlich für alle gelten sollen und daß sie es wagen kann, ihre tiefsten Ueberzeugungen praktisch zu verwirklichen.

(Richard Wright: Die schwarze Macht. Zur afrikanischen Revolution)
